

## Fragwürdige Internet-Demokratie

### *Wolkige Ideen zu einer Ko-Regulierung*

Wie soll das Internet regiert werden? Antworten auf diese Frage suchten Politologen, Juristen und Internet-Experten an einer Berliner Tagung, die von Bertelsmann und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert worden war.

Im Rondell des Auditoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung hatten die Veranstalter die Tische so aufgebaut, wie man dies von richtigen Parlamenten kennt. Und wie in der richtigen Politik interessierte die Frage, was denn «Internet Governance» bedeuten könnte, kaum einen Teilnehmer. Stattdessen versuchte man sich wieder und wieder an der Einschätzung von Ican, bisher der erste und einzige Versuch, eine «Regierungsform» im Internet zu etablieren: Ican, das International Committee for Assigned Names and Numbers, wurde in den USA als Gesellschaft kalifornischen Rechts gegründet, um die Internet-Adressen zu ordnen bzw. um die Vergabe neuer Toplevel-Domains (wie «.eu» für Europa) zu regeln.

Bevor es das Ican gab, lag die Domain-Vergabe in den Händen einer Privatfirma, davor in der Hand eines einzigen Technikers (Jon Postel), der bei einer Universität angestellt war. Nun setzt sich das Ican aus Regierungsvertretern und Abgesandten der grossen Telekommunikationsunternehmen zusammen, komplettiert um die «At-Large-Membership», einige direkt von Internet-Vertretern gewählte Abgesandte.

#### **Legitimationsprobleme**

Deren Wahl und deren Funktion standen in Berlin im Mittelpunkt des Interesses. Dies weniger, weil die Wahl mit vielen Pannen und technischen Problemen behaftet war, die Fragen nach der Legitimation der Gewählten aufwarfen. Vielmehr kamen grundsätzliche Bedenken zur Sprache, die der Soziologe Claus Leggewie zusammenfasste: «Kann die technische Struktur eines Netzes optimiert werden, wenn wir unter den Bedingungen der modernen Demokratie die Fragen dem informierten Bürger stellen und nicht den technischen Experten überlassen?» Unter dem Massstab effizienter politischer Entscheidungsmechanismen erklärte Leggewie die Ican-Demokratie für gescheitert und machte sich für eine Umwandlung der «Dezisivstimmen» der Internet-Bürger in «Deliberativstimmen» stark: Internet-Bürger sollen fürderhin nicht mit der schieren

Macht der Stimmenmasse einen Deutschen wie Andreas Müller-Maguhn für ganz Europa sprechen lassen.

Bei Hubert Burkert von der Universität St. Gallen fiel die Beurteilung des Ican nicht ganz so negativ aus. Nicht das Prozedere der Wahlen sei wichtig, sondern das Vertrauen, das mit der Einrichtung von Organisationen wie Ican wachsen müsse. Nur so könnten Ican und andere überstaatliche Regierungsformen auch in ihrer Qualität wachsen. «Globale Themen suchen sich ihre Institutionen wie streunende Hunde ihre Herrchen», betonte Burkert, der den Streunern vor allem Kompetenz entgegensetzen möchte. In diesem Zusammenhang verwies er auf das amerikanische Center for Democracy and Technology (CDT), das in Osteuropa mit dem Aufbau von Kompetenzzentren begonnen habe, in denen Bürgerdemokratie gelehrt werde. Gegen Ansichten wie die von Burkert und Leggewie setzte die deutsche Justizministerin Däubler-Gmelin mehr auf den Staat denn auf die Bürger: Sie forderte ein stärkeres und härteres Durchgreifen aller Staaten und das Schliessen von internationalen Rechtslücken, die von Internet-Kriminellen ausgenutzt werden können.

#### **«Dynamisches Verantwortlichkeitssystem»**

Am Ende hinterliess die Tagung «Internet Governance: Who Controls the Internet?» ein von den Experten ausgearbeitetes Empfehlungspapier zum Regieren im Internet. In ihm ist viel vom hohen Gut der globalen Kommunikation die Rede. Dieses Gut müsse wie eine lebenswichtige Ressource vor nationalen Begehrlichkeiten geschützt werden. Als probater Schutz ist nach der Empfehlung ein «integratives und dynamisches Verantwortlichkeitssystem» anzustreben, das in globaler Ko-Regulierung von Staaten, der Industrie und den Weltbürgern geschaffen werden müsste. Nach den Erfahrungen mit Ican scheint man vorsichtig geworden zu sein mit dem Projekt weltweite Demokratie. Ob die wolkig formulierte Ko-Regulierung irgendeine Wirkung zeigen kann, ist zweifelhaft. Vieles spricht dafür, dass streu-

nende Themen weiter streuen.

*Detlef Borchers*

